

Greenpeace Analyse und Forderungen zur COP31:

Was in Antalya für den Klimaschutz auf dem Spiel steht

Greenpeace ist finanziell unabhängig von Politik und Wirtschaft

Greenpeace Analyse und Forderungen zur COP31:

Was in Antalya für den Klimaschutz auf dem Spiel steht

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Jannes Stoppel / Greenpeace **Fotos** Titel: © Shutterstock, S. 11: © Lucas Wahl / Greenpeace (o., u.), Bernd Lauter / Greenpeace (m.) **Stand** 11 / 2026

Politische Ausgangslage

Die diesjährige UN-Klimakonferenz in der Türkei findet vor dem Hintergrund multipler Krisen statt. Ökologische Belastungsgrenzen werden messbar und mit zunehmend katastrophalen Folgen überschritten. Ohne deutliche Nachbesserungen steuert die Welt laut **UN-Umweltprogramm (UNEP)**[1] bis zum Ende des Jahrhunderts auf eine verheerende Erderhitzung von 2,8 Grad zu. Selbst wenn alle aktuellen nationalen Klimapläne vollständig umgesetzt würden, steigen die durchschnittlichen Temperaturen um katastrophale 2,6 Grad.

Erste Kippelemente des Klimasystems stehen kurz vor der Überschreitung. Das Massensterben der Arten intensiviert sich weiter. Allein in Deutschland forderten anhaltende Hitzewellen in diesem Jahr **etwa 16.000 Hitzetote**[2], in Europa gehen Wissenschaftler:innen von schätzungsweise **50.000 Hitzetoten**[3] aus. Historisch tiefe Wasserstände in für den Warentransport wichtigen Flüssen wie dem Rhein sorgten für hohe wirtschaftliche Schäden. Die Vulnerabilität der fossilen und nuklearen Energieversorgung zeigte sich in einer neuen Dimension. Nach Angaben des Copernicus-Klimawandeldienstes war der August 2026[4] (gemeinsam mit dem Juli 2023) der heißeste je aufgezeichnete Monat – im Schnitt lagen die Temperaturen 1,65 Grad über dem vorindustriellen Niveau.

Der Sommer 2026 hat eindrucksvoll gezeigt, dass Extremwetterkatastrophen zur neuen Normalität werden: Brände im Amazonas-Regenwald und an der französischen Atlantikküste, verheerende Sintfluten in Spanien, ein Gletscherzusammenbruch im Himalaya mit hohen Todeszahlen und massiven Zerstörungen in Nepal und Tibet sowie das stärkste jemals gemessene **El-Niño-Phänomen**[5], das in den kommenden sechs Monaten zu bis zu **372.900 zusätzlichen Todesfällen**[6] führen könnte (Stand 29.10.2026).

Die geopolitische Lage erhöht die globale Belastung. Der russische Krieg gegen die Ukraine und der Iran-Krieg haben weltweit eine schwere Energiekrise ausgelöst. Fossile Abhängigkeiten haben sich zugunsten von US-Exporten verschoben und die fossil getriebene Teuerung (**„Fossilflation“**)[7] hat sich verschärft: Steigende Energie- und Rohstoffpreise führen weltweit zu drastisch erhöhten Lebenshaltungskosten. Während die Bevölkerung unter diesen Preisaufschlägen leidet, verzeichnen die Öl- und Gaskonzerne Rekordgewinne. Seit Beginn des Irankriegs Ende Februar haben Ölkonzerne auf dem europäischen Markt krisenbedingte **Extragewinne von 36 Milliarden Euro erzielt**[8], zeigt eine neue Berechnung des Ölmarkt-Experten Steffen Bukold im Auftrag von Greenpeace.

All dies darf nicht zu einer Kapitulation umweltpolitischer Ambitionen führen. Es muss ein Warnsignal sein. Wenn das UN-Umweltprogramm feststellt, dass die Schwelle von 1,5 Grad überschritten wird, muss dies sofortiges staatliches Handeln nach sich ziehen. Die anstehende COP31 kann hier wichtige Weichen stellen: weg von bloßen Absichtserklärungen, hin zu einer verbindlichen globalen Energiewende und konsequentem Naturschutz. Nur wenn sofortige und weitreichende Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden, haben

---

1 https://www.unep.org/en/publications/report/emissions-gap-report-2026

2 https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html

3 https://www.theguardian.com/environment/2026/oct/23/heat-killed-staggering-50000-people-european-cities-this-summer-experts

4 https://climate.copernicus.eu/copernicus-august-was-worlds-joint-hottest-month-record-pushing-global-temperatures-back-above

5 https://www.greenpeace.org/international/story/84214/super-el-nino-worsening-extreme-weather-climate-changed-world/

6 https://impactlab.org/el-nino-heat-mortality-tracker/

7 https://www.greenpeace.org/international/story/84890/fossilflation-cost-of-living-crisis-fossil-fuel-shock/

8 https://www.greenpeace.de/publikationen/GP_Report_Excess-Oil-Profits-in-the-EU.pdf

wir eine Chance, das Ausmaß und die Dauer der Überschreitung der kritischen 1,5-Grad-Grenze („Overshoot“) zu begrenzen und die Widerstandsfähigkeit gefährdeter Länder durch öffentliche Finanzhilfen zu stärken.

Dabei ist der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien eine ökologische Notwendigkeit und – zusammen mit einer gut ausgestatteten Klimafinanzierung – der einzige Weg zu sozialer Gerechtigkeit, bezahlbarer Energie, ökonomischer Stabilität und Unabhängigkeit. Die Ursachen der Klimakrise müssen in den Verhandlungsräumen der COP31 durch einen strukturierten, geordneten und gerechten Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen angegangen werden. Zudem muss die dynamische Entwicklung bei der Elektrifizierung von Stromerzeugung, Verkehr und Heizen mit der Mehrzahl der Staaten ausgebaut werden.

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sowie der Politik von Präsident Trump zum Vorteil der Öl- und Gas-Milliardäre steigt das Risiko, dass es keine fortschrittlichen einstimmigen Beschlüsse geben wird. Länder wie Saudi-Arabien und Russland versuchen, die Verhandlungen zu unterwandern; den Fortschritt der Mehrheit können sie nicht verhindern.

Zusammengefasst: Die Kriterien für einen gelungenen Klimagipfel COP31

▶ **Deutschlands Rolle in Antalya:** Deutschland muss auf der Weltklimakonferenz den Ausstieg aus fossilen Energien vorantreiben und dafür eintreten, dass Erneuerbare ausgebaut, Energie effizienter genutzt, Verkehr und Heizen elektrifiziert und fossile Subventionen abgebaut werden. Wer fossile Geschäftsmodelle fördert, finanziert die nächste Abhängigkeit. Geopolitische Handlungsfähigkeit braucht zudem Geld. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) müssen die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung nach drastischen Kürzungen wieder aufstocken. Das sind Investitionen in unsere Sicherheit und neue geopolitische Partnerschaften.

▶ **Globale Energiewende mit Ausstieg aus fossilen Energien und Elektrifizierungsziel:** Verankerung eines grünen globalen Elektrifizierungsziels „35 bis 35“, inklusive mindestens 75 Prozent erneuerbaren Stroms bis 2035, zur aktiven Verdrängung fossiler Energien sowie operative Einrichtung des Just Transition Mechanism. Die Vorlage verbindlicher, nationaler und ambitionierter Ausstiegsfahrpläne aus Kohle, Öl und Gas, angeführt von den Industrie- und Schwellenländern.

▶ **Gesunde Ökosysteme und Wälder schützen:** Brasilianischen Waldfahrplan verankern, Verabschiedung eines Wald-Aktionsplans sowie Erweiterung des Mandats der Gemeinsamen Verbindungsgruppe der drei Rio-Konventionen zur besseren Verzahnung von Klima- und Naturschutz und der Klimaanpassung.

▶ **Klimafinanzierung aufstocken und das Verursacherprinzip anwenden („Polluter Pays“):** Erfüllung bisheriger und Festlegung neuer Zusagen von öffentlichen Zuschüssen der Industrieländer im Rahmen des neuen globalen Finanzierungsziels (NCQG), skalierend auf mindestens 300 Mrd. USD/Jahr bis 2035, eine Verdreifachung der Finanzierung für Klimaanpassung in Zeiten immer häufigerer und heftigerer Extremwetterereignisse und Aufbau einer progressiven Umweltbesteuerung fossiler Übergewinne.

Neuerfindung der Klimapolitik: Deutschlands Rolle in Antalya

Die Bundesregierung ist nicht auf Klimakurs. Laut **Prüfbericht des Expertenrats für Klimafragen**[9] verfehlt Deutschland seine Klimaziele für 2030 und 2040. Das Klimaschutzprogramm schließt diese Lücke nicht. In Brüssel wollen Friedrich Merz und Emmanuel Macron die **Emissionsvorgaben für Neuwagen ab 2035 aufweichen.**[10] Damit schaden sie dem Klimaschutz und schwächen Europas Wettbewerbsfähigkeit bei Elektroautos. Gleichzeitig errichtet Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) neue Hürden für Wind- und Solarenergie. Statt Netze, Speicher und flexible Stromnutzung voranzubringen, werden so neue Investitionen gefährdet. Dieser Kurs ist ein Sicherheitsrisiko. Putins Krieg, Trumps Handelspolitik und die Klimakrise bedrohen uns gleichzeitig. Die Erderhitzung wartet nicht, bis andere Krisen gelöst sind.

Im Interesse des Landes sollte Kanzler Merz zur Weltklimakonferenz reisen und sich für den Ausstieg aus fossilen Geschäftsmodellen einsetzen. Eine konsequente Klimapolitik schützt die Rechte der jungen Generation und stärkt Wirtschaft und Sicherheit.

Dabei bietet das Führungsvakuum in der internationalen Klimapolitik dem Kanzler eine Chance. Deutschland könnte mit europäischen Partnern eine Allianz für erneuerbare Energien, Klimaanpassung und Katastrophenschutz stärken und einen klaren Fahrplan weg von Kohle, Öl und Gas verfolgen. Unternehmen und Handwerk treiben den Wandel mit Speichern, Solaranlagen und Wärmepumpen längst voran. Inselstaaten und Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas brauchen Finanzierung, Technologie und eigene Wertschöpfung. Sie sind Partner, nicht bloß Absatzmärkte.

Mit Industrieerfahrung, Forschung, Kapital und einem Markt mit einer halben Milliarde Menschen kann Europa neben China den weltweiten Energieumbau und die Resilienz der Natur vorantreiben. Das verlangt beides – Wettbewerb und Zusammenarbeit mit China. Klimastabilität lässt sich nur gemeinsam sichern.

Auch für die deutsche Außenpolitik liegt in der internationalen Klimapolitik eine Chance – wirtschaftlich und politisch innerhalb der EU wie international. Durch ein verbindliches und verlässliches Auftreten und gezielte diplomatische Beziehungen kann Vertrauen in die deutsche Rolle in geopolitisch fragilen Zeiten gewonnen werden. Neue Allianzen, etwa für die Umsetzung der Elektrifizierungs-Agenda, können für die deutsche GreenTech-Wirtschaft neue Märkte eröffnen.

Während globale Ziele die Richtung vorgeben, müssen die Ambitionen der Industriestaaten weitergehen. Als Land mit hoher historischer Klimaverantwortung sollte sich insbesondere die Bundesregierung zu einem ambitionierteren grünen Elektrifizierungs-Ziel bekennen. Um den „Overshoot“ über 1,5 Grad auf ein Minimum zu begrenzen, wäre ein **EU-Elektrifizierungsziel von 43 Prozent bis 2030 und 69 Prozent bis 2040**[11] angemessen und notwendig.

---

9 https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1182956

10 https://www.spiegel.de/wirtschaft/friedrich-merz-und-emmanuel-macron-einigen-sich-auf-aufweichung-von-verbrenner-aus-a-d250ef0f-8188-4c66-8964-7883011ddbaa

11 https://caneurope.org/publications/how-do-we-make-electrification-smart-and-fair-5-essential-facts/

Damit sich die deutsche Delegation auf der COP31 glaubwürdig für den weltweiten Ausstieg aus fossilen Energien einsetzen kann, muss die Bundesregierung national ihre Hausaufgaben erledigen:

▶ Finanzierung sichern:
Deutschlands Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung müssen eingehalten und aufgestockt werden. Die verbindliche Unterstützung Deutschlands für Klimaanpassungen der besonders vulnerablen Länder ist gerecht und geboten. Diese Anpassungen sind eine wichtige Säule für die Sicherheit der Menschen, auch in Deutschland. Denn die Klimakrise kann nur global bewältigt werden. Die nötigen Mittel müssen im Bundeshaushalt von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) gesichert werden.

▶ Fahrplan konkretisieren:
Der im September vorgelegte Fahrplan „Germany's Roadmap for Transitioning Away from Fossil Fuels" muss um konkrete Ausstiegsdaten und Zwischenziele für alle fossilen Energiequellen ergänzt werden (insbesondere die Unabhängigkeit von Gas bis 2035 und Öl bis 2040). Im Verkehr und bei der Gebäudewärme müssen Sofortmaßnahmen zur Elektrifizierung ergriffen werden.

▶ Energieversorgung flexibilisieren:
Die massiven Investitionspläne der Regierung in neue Gaskraftwerkskapazitäten im Rahmen des StromVKG stehen einem fossilen Ausstieg entgegen. **Es braucht keine neuen, mit fossilem Gas betriebenen Kraftwerke, stattdessen sollten Flexibilitätsoptionen und Batteriespeicher massiv ausgeweitet werden.**[12]

▶ Wind und Sonne nicht ausbremsen:
Im Netzanschlusspaket gehört die geplante Kürzung der Entschädigung bei Abregelungen von Erneuerbare-Energien-Anlagen gestrichen, da sie das finanzielle Risiko von Netzengpässen einseitig auf deren Betreiber verlagert und die Finanzierbarkeit neuer Solar- und Windprojekte gefährdet. Den Netzengpässen ist durch den Ausbau, die Flexibilisierung und Digitalisierung der Netze entgegenzuwirken.

▶ Bürgerenergie stärken:
Die EEG-Vergütung für kleine PV-Anlagen muss erhalten bleiben. Ihre Abschaffung würde bei Bürgerinnen und Bürgern den Anreiz zur aktiven Teilnahme an der Energiewende senken.

▶ Wärmewende konsequent umsetzen:
Das in diesem Jahr beschlossene Gebäudemodernisierungsgesetz sollte zurückgenommen werden, um bei der Gebäudewärme konsequent auf Wärmepumpen und klimaneutrale Wärmenetze zu setzen. Die weitere Förderung der Holz- und Biomasseverbrennung muss beendet werden.

▶ Natürlichen Klimaschutz stärken:
Die Förderung des natürlichen Klimaschutzes muss fortgeführt werden, braucht aber einen klaren ordnungsrechtlichen Rahmen. Hierzu gehört auch ein ambitionierter nationaler Wiederherstellungsplan und eine neue Naturschutzgesetzgebung zur Umsetzung der internationalen Naturschutzziele.

12 https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_Flexibilitaet-statt-fossiles-Gas.pdf?utm_campaign=fossil-fuels&utm_source=pe&utm_medium=referral&utm_content=press-release&utm_term=20260628-gaskraftwerke

Greenpeace Forderungen für die COP31

Globale Energiewende mit Fossilausstieg und Elektrifizierungsziel

Der weltweite Ausbau erneuerbarer Energien hat im Jahr 2025 mit einem **Rekordzuwachs von 800 Gigawatt (GW)**[13] einen historischen Höchststand erreicht. Dennoch steigt der globale Verbrauch von Öl, Gas und Kohle unvermindert weiter und treibt die Treibhausgasemissionen auf gefährliche Rekorde. Für das Jahr 2030 planen Regierungen weltweit noch immer **mehr als die doppelte Menge an fossilen Brennstoffen**[14] zu fördern, als mit der Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad vereinbar wäre.

Die COP31 muss hier eine Kehrtwende einleiten und die weltweite erneuerbare Elektrifizierung in den Mittelpunkt stellen. Hierfür braucht es dringend:

- Das globale Elektrifizierungsziel „35 bis 35“: Das Ziel (35 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs werden bis 2035 elektrifiziert) muss Teil der COP31-Abschlusserklärung werden. Um fossile Verstromung zu minimieren, muss der Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Stromerzeugung bis 2035 auf mindestens 75 Prozent steigen. Nur so gelingt der weltweite Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Entscheidend für den Erfolg ist die Unterstützung der Entwicklungsländer durch Finanzmittel, Technologie und Kapazitätsaufbau, die auf deren sektorale und infrastrukturelle Bedürfnisse zugeschnitten sind.

- Umsetzung der GST1-Energieziele: Die Energieziele der ersten globalen Bestandsaufnahme (Global Stocktake) – die Verdreifachung der Kapazität erneuerbarer Energien bis 2030 und die Verdopplung der Energieeffizienz – müssen konsequent umgesetzt, konkretisiert und beschleunigt werden.

- Just Transition Mechanism: Zur sozialen Absicherung der Transformation ist die Operationalisierung des auf der COP30 beschlossenen Mechanismus für einen gerechten Übergang erforderlich.

- Die Vorlage verbindlicher, nationaler und ambitionierter Ausstiegsfahrpläne aus Kohle, Öl und Gas, angeführt von den Industrie- und Schwellenländern auf Basis der Santa-Marta-Dynamik.

- Schnittstelle zum Plastikabkommen: Die Verhandlungen zum globalen Plastikvertrag stehen in direktem Zusammenhang mit der COP31, da Plastik als fossiles Sekundärprodukt einen massiven Treiber der Klimakrise darstellt. Im Vorfeld der nächsten Plastikverhandlungen im März 2027 bietet die COP31 die Gelegenheit, die Klimadimensionen der Plastikverschmutzung hervorzuheben.

Gesunde Ökosysteme und Wälder schützen

Die Beendigung der Waldzerstörung bis 2030, der Schutz von mindestens 30 Prozent der Meeres- und Landflächen und die Wiederherstellung von mindestens 30 Prozent der degradierten Wälder und anderer Ökosysteme bis 2030 sind notwendig, um die Überschreitung der globalen Erwärmung über das

13 https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2026/technology-solar-pv-and-wind

14 https://productiongap.org/2025report/

1,5-Grad-Ziel hinaus wieder zu senken und das Kollabieren von Ökosystemen sowie den fortschreitenden Biodiversitätsverlust zu verhindern. Die Ziele der Rio-Konvention für 2030 müssen als strikte Grenze betrachtet werden.

Nachdem auf der COP30 keine ambitionierten Beschlüsse zum Schutz der Wälder gefasst werden konnten, bietet der von Brasilien initiierte Waldfahrplan 2030 eine Chance, Verpflichtungen für mehr Waldschutz und eine naturnahe Waldbewirtschaftung in die Praxis umzusetzen. Der freiwillige Charakter bestehender Initiativen darf keine Entschuldigung für fehlende Rechenschaftspflicht sein.

Der Schutz der Wälder und die dafür notwendigen Veränderungen in der Landnutzung werden derzeit über drei separate Rio-Konventionen geregelt: UNFCCC (Klima), CBD (Biodiversität) und UNCCD (Wüstenbekämpfung). Dieser isolierte Ansatz führt zu Widersprüchen und Doppelarbeit. Die COP31 muss Synergien schaffen und der Gemeinsamen Verbindungsgruppe der Rio-Konventionen ein erweitertes Mandat erteilen, um sie zu einem aktiven Vermittler einer synergistischen Umsetzung zu machen.

▶ **Umsetzung und Rechenschaft im Waldfahrplan verankern:**
Die „Forest Roadmap“ der brasilianischen COP30-Präsidentschaft braucht eine Struktur, die Waldschutzmaßnahmen beschleunigt und Fortschritte überprüfbar macht. Indigene und lokale Gemeinschaften müssen einbezogen werden. Klima-, Handels-, Finanz- und Menschenrechtsfragen sind aufeinander abzustimmen und gemeinsame Standards für die Integrität der Ökosysteme festzulegen.

▶ **Artikel 5 des Pariser Abkommens vollständig umsetzen:** Ein Aktionsplan muss die Integrität der Ökosysteme stärken. Die Staaten müssen die Wald- und Ökosystemziele für 2030 in ihren nationalen Klimabeiträgen (NDCs), den zweijährlichen Transparenzberichten (BTRs) und den nationalen Anpassungsplänen (NAPs) verankern.

▶ **Verbindliche Regeln stärken:** Staaten müssen regulatorische Rahmenbedingungen mit wirksamen Durchsetzungs- und Transparenzmechanismen schaffen. Diese müssen die gebotene Sorgfalt bei der Erreichung der Wald- und Biodiversitätsziele für 2030 einfordern.

▶ **Wälder werden derzeit innerhalb von drei UN-Konventionen adressiert, deshalb institutionelle Synergien mandatieren:** Ein COP31-Beschluss zur Erweiterung des Mandats der Gemeinsamen Verbindungsgruppe muss die synchronisierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, des Kunming-Montreal-Rahmens für Biodiversität und der Ziele der UN-Wüstenkonvention gewährleisten.

Klimafinanzierung aufstocken und das Verursacherprinzip anwenden

Die finanzielle Schieflage der globalen Klimapolitik hat 2026 ein unhaltbares Niveau erreicht. Im Globalen Süden steigen die klimabedingten Schäden massiv an, wie der verheerende Gletschereinsturz in Nepal mit geschätzten Wiederaufbaukosten von **fünf Milliarden US-Dollar**[15] zeigt. Gleichzeitig kürzen Industriestaaten – auch Deutschland – ihre Unterstützung. Die Netto-Entwicklungshilfe (ODA) steuert auf ihren **niedrigsten**

15 https://www.nytimes.com/2026/08/31/climate/nepal-disaster-cost-climate.html

Stand seit 2014[16] zu, die gemeldete öffentliche Klimafinanzierung ist **erstmals gesunken**[17] und der Fonds für Verluste und Schäden (Loss and Damage Fund) ist mit unter 500 Millionen US-Dollar an eingegangenen Mitteln **katastrophal unterfinanziert**[18].

Auf der COP31 muss die Diskrepanz zwischen den Verpflichtungen der Industrieländer und ihren unzureichenden Beiträgen angegangen werden. Dafür muss die auf der COP29 beschlossene globale Klimafinanzierung zur Unterstützung ärmerer Länder von mindestens 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr schon in diesem Jahr substantiell erhöht werden. Als sofortigen Schritt dafür muss die Bundesregierung ihre Unterstützung auf die versprochenen sechs Milliarden Euro wieder anheben, dann schrittweise weiter erhöhen. Wesentliche Fortschritte lassen sich durch eine progressive Umweltsteuerreform erzielen (im Einklang mit Artikel 9.1 des Pariser Abkommens). Dadurch werden vermögende, umweltverschmutzende Unternehmen und Privatpersonen für Klimaschäden zur Rechenschaft gezogen. Zudem sollte sich die Bundesregierung für eine Steuer auf die obszönen Übergewinne der Öl- und Gaskonzerne einsetzen. Diese Unternehmen befeuern die Klimakrise und erzielen durch die geopolitischen Krisen Übergewinne in Milliardenhöhe, während private Haushalte unter den fossilen Preisschocks leiden. **Allein in der EU haben die Mineralölkonzerne 36 Mrd. Euro Übergewinne seit Beginn des Irankriegs Ende Februar eingefahren.**[19]

Sollte es nicht zu einer gemeinsamen Übergewinnsteuer kommen, sollte die Bundesregierung vorangehen und diese in Deutschland einführen. Außerdem sollte sie als Teil einer verursachergerechten Klimafinanzierung eine ökologische Milliardärssteuer beschließen, denn Extremvermögende befeuern die Klimakrise massiv, während sie durch Steuerprivilegien kaum zum Gemeinwohl beitragen. Eine Steuer von zwei Prozent auf hohe Vermögen ab 100 Millionen Euro würde Einnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro bis 2030 erzielen, zeigt der Greenpeace-Vorschlag **“Billions for Millions”**[20].

Welche Ergebnisse die COP31 zur Klimafinanzierung erzielen muss:

▶ Fairer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung: Industrieländer müssen ehrgeizige Zusagen zur Klimafinanzierung ankündigen, die ihren fairen Anteil am 300-Milliarden-Dollar-Ziel durch direkte Mittel widerspiegeln und mindestens eine Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung garantieren. Die Bundesregierung muss hierbei mindestens ihre versprochenen sechs Milliarden Euro jährlich aus den Haushaltsmitteln bereitstellen.

▶ Arbeitsprogramm verabschieden: Das Arbeitsprogramm zur Klimafinanzierung muss auf die Tagesordnung der COP31 gesetzt werden und Wege für eine progressive Umweltbesteuerung im Rahmen des UN-Steuerübereinkommens aufzeigen.

▶ Anpassungsfinanzierung sichern: Zusage der Industrieländer, die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen bis 2035 mindestens zu verdreifachen, um der Forderung der Entwicklungsländer nach 120 Milliarden US-Dollar bis 2030 gerecht zu werden.

16 https://www.oecd.org/en/publications/oda-projections-for-2026-and-the-near-term_d7c74fa2-en/full-report.html

17 https://www.oecd.org/en/publications/climate-finance-provided-and-mobilised-by-developed-countries-in-2013-2024_ab5eb9ad-en.html

18 https://www.actionaidusa.org/insight/starved-for-resources-the-loss-damage-fund-at-a-crossroads/

19 https://www.greenpeace.de/publikationen/GP_Report_Excess-Oil-Profits-in-the-EU.pdf

20 https://www.greenpeace.de/publikationen/20241203_Billions-for-Millions.pdf

▶ Ständiger Tagesordnungspunkt für Verluste und Schäden: Die Strategie zur Mobilisierung von Ressourcen des Loss and Damage Funds muss einen klaren Plan für eine progressive Umweltbesteuerung nach dem Verursacherprinzip enthalten.

▶ **Veredas-Dialog für konkrete Maßnahmen nutzen:** Globale Finanzströme müssen an den Zielen des Pariser Abkommens ausgerichtet werden. Dazu gehören der Abbau von Schuldenlasten und fossilen Subventionen. Für deren Ende braucht es klare Fristen. Frei werdende Mittel müssen den sozial gerechten Umstieg unterstützen, etwa durch bezahlbare Wärme, günstigen erneuerbaren Strom und einen besseren öffentlichen Nahverkehr. Menschen mit geringem Einkommen und Beschäftigte in betroffenen Branchen brauchen gezielte Unterstützung.

Andere wichtige Forderungen für COP31

▶ Die für 2028 angesetzte zweite globale Bestandsaufnahme (GST2): Einleitung eines inklusiven, auf Wissenschaft und Gleichberechtigung ausgerichteten GST2-Prozesses zur Überwachung der Fortschritte beim Ausstieg aus fossilen Energien, des Waldschutzes und des natürlichen Klimaschutzes sowie der Finanzen.

▶ Transformation der Ernährungssysteme: Weiterführung der Gespräche nach Sharm el-Sheikh hin zu agrarökologischen und kohlenstoffarmen Modellen, um die Klimaresilienz der Landwirtschaft zu stärken und Emissionen aus der industriellen Fleisch- und Milchproduktion zu reduzieren.

▶ Wissenschaft als Fundament: Verankerung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse (u. a. des jüngsten UNEP-Berichts „Limiting Overshoot“ sowie des anstehenden 7. IPCC-Sachstandsberichts) in den nationalen Klimabeiträgen (NDCs). Klarer Ausschluss falscher Lösungen sowie alternativer Berechnungsweisen für biogene Methanemissionen.

▶ Schutz der Ozeane und Eindämmung des marinen Rohstoffabbaus: Die Shared-Oceans-Priorität muss genutzt werden, um die Offshore-Öl- und -Gasförderung zu beenden, Risiken des Tiefseebergbaus für benthische Ökosysteme abzuwenden und ungeprüfte Techniken zur marinen Kohlendioxid-Entnahme (mCDR) kritisch zu regulieren.

Greenpeace-Kontakte auf der COP31:



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Kontakt via Sonka Terfehr
In Antalya: 15.11. bis 21.11.



Jannes Stoppel
Politikexperte für Biodiversität und Waldschutz
Mobil: +49-171-8880764
jannes.stoppel@greenpeace.org
In Antalya: 9.11. bis 21.11.



Sonka Terfehr
Pressesprecherin
Mobil: +49-175-5891718
sonka.terfehr@greenpeace.org
In Antalya: 15.11. bis 21.11.